

TERRITORIALITÄT IN DER EU-KOHÄSIONSPOLITIK
Eine wechselhafte Geschichte: von der Reform der 1980er Jahre
zur Post-Lissabon-Ära

Markus GRUBER, Graz*

mit 3 Abb. und 1 Tab. im Text

INHALT

<i>Summary</i>	57
<i>Zusammenfassung</i>	58
1 Einleitung	58
2 Entwicklung der EU-Regional- und Kohäsionspolitik	59
3 Österreich im Kontext dieser Entwicklungen.....	69
4 Schlussfolgerungen	74
5 Literaturverzeichnis	75

Summary

Territoriality in EU Cohesion Policy. An oscillating story: From the reforms of the 1980s to the post-Lisbon era

In this article the changing nature of territoriality beyond the programs of European Territorial Cooperation (ETC) will be discussed. It is argued that the various reforms of the EU Cohesion Policy led to a gradual withdrawal of the territorial focus. This resulted in a subordination of the EU Cohesion Policy under the horizontal objectives of competitiveness and growth in the Lisbon era. Various countermovement within the EU member states and the inclusion of the objective of „Territorial Cohesion“ in the EU Treaty entailed a partial return of “Territoriality” in the current period 2014–2020. However, contradictions between cohesion at a large-scale European level, the instrumentalisation of the EU Cohesion Policy for Europe 2020 Objectives and a territorial-, regional- and local-oriented development approach are still persistent. In this context, the article traces the trajectories of the EU Cohesion Policy and their changes and outlines the corresponding reaction in Austria.

* Mag. Markus GRUBER, convelop – cooperative knowledge design Graz, Bürgergasse 8–10, A-8010 Graz;
E-Mail: markus.gruber@convelop.at, <http://www.convelop.at>

Zusammenfassung

Dieser Artikel diskutiert die wechselhafte Geschichte der Territorialität in der EU-Kohäsionspolitik jenseits der Programme der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (ETZ). Es wird dargestellt, dass in den Reformschritten seit 1989 sukzessive eine territoriale Sichtweise zurückgenommen wurde. Dies mündet in der Lissabon-Ära des letzten Jahrzehntes in einer weitgehenden Unterordnung des Aspektes der Territorialität unter die horizontalen Ziele der EU von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum. Erst durch diverse Gegenbewegungen der EU-Mitgliedsstaaten und der Aufnahme des Zieles der „territorialen Kohäsion“ in dem EU-Vertrag erfolgt die Wiederkehr einer stärker territorialen Perspektive in der Periode 2014–2020. Widersprüche zwischen großräumiger Kohäsion auf europäischer Ebene, der Instrumentalisierung der EU-Kohäsionspolitik für die Europa-2020-Ziele und territorial, regional und lokal orientierten Entwicklungsansätzen erscheinen jedoch keineswegs als aufgelöst. Vor diesem Hintergrund zeichnet dieser Beitrag die Entwicklung der EU-Regionalpolitik im Hinblick auf „Territorialität“ nach und umreißt die entsprechenden Reaktionen Österreichs.

1 Einleitung

Die Strukturpolitik der Europäischen Union (EU) beeinflusst maßgeblich die regionalpolitischen Agenden und damit die Entwicklungen der Regionen in Europa. In der Programmperiode 2007–2013 wurde durch die enge Koppelung der Strukturförderung an den Lissabon-Prozess für Wachstum und Beschäftigung und die Vorgabe strategischer Multilevel-Governance-Prozesse ein Paradigmenwechsel in der EU-Regionalpolitik vollzogen. Trotz der Aufwertung der Europäischen Territorialen Kooperation haben in den großen EU-kohäsionspolitischen Programmen der Lissabon-Ära die räumlichen Komponenten zugunsten horizontaler Ziele wie Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum an Bedeutung verloren, und es wurden die kleinräumigen Gebietsabgrenzungen aufgegeben. Erst mit der Aufnahme des Ziels der „Territorialen Kohäsion“ in den EU-Vertrag kommt es wieder zu einer über die Europäische Territoriale Zusammenarbeit hinausgehende Stärkung der territorialen Dimension in den kohäsionspolitischen Programmen der Europäischen Union.

In der neuen EU-Programmperiode 2014–2020 werden Mechanismen vorgesehen, die eine stärkere Beachtung integrierter territorialer Entwicklung sicherstellen sollen. Dies umfasst eine klare Interventionslogik basierend auf (territorialen) Analysen, verstärkte Ergebnisorientierung und eigene Instrumente für die Förderung territorialer Ansätze. Allerdings sind diese Vorgaben in Teilen für die Mitgliedsstaaten fakultativ, d.h. sie sind lediglich ein Angebot an neuen Instrumenten, deren Einsatz in den EU-kohäsionspolitischen Programmen nicht verpflichtend ist. Hier wird erst eine Auswertung der aktuellen Programmgeneration zeigen, in welchem Ausmaß diese tatsächlich von den Mitgliedsstaaten aufgegriffen werden.

Der Beitrag zeichnet die grundlegenden Prämissen der EU-Regionalpolitik und deren Veränderung über die letzten Förderperioden hin zur aktuellen Periode nach und skizziert die entsprechenden Reaktionen Österreichs auf die damit verbundenen Herausforderungen.